

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.
Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

ersch. täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der E. Wetzchen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom) für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Nr. 85

Neuenbürg, Freitag den 15. April 1921.

79. Jahrgang.

Deutschland.

Stuttgart, 13. April. In einer Verfügung des Justizministeriums wird auf die kürzlich eingeführte Erhöhung der Zuständigkeit der Gemeindegerichte hingewiesen, die diesen eine wesentlich größere Bedeutung auf dem Gebiete der Rechtsprechung verleiht. Die Dienstaufsicht über die Gemeindegerichte führen die Amtsgerichte. Die Vermehrung der Prozesse infolge der Erhöhung der Zuständigkeit rechtfertigt es, daß auch in kleinen Gemeinden die gemeindegewerblichen Geschäfte einer Gemeindeabteilung von 3 Mitgliedern einschl. des Vorsitzenden übertragen werden. Dadurch wird eine weniger schwerfällige und raschere Handhabung der Rechtspflege gewährleistet. Die Gemeindegerichte sind vor allem dazu bestimmt, Friedenstendenzen zu wirken und eine gütliche Erledigung des Rechtsstreits herbeizuführen. Dieser dient auch die Decalation der Gebühr bei vergleichsweise Erledigung auf ein Drittel. Eine geordnete Aktenführung ist unerlässlich, bezogen bei den Gemeindegerichten erhalten eine Entschädigung von 20 Pf. bis 1,50 Mk. für jede angefangene Stunde. Der Sachverständige wird mit 3 Mark bzw. 6 Mark für die Stunde entschädigt. Außerdem werden Teuerungszuschläge zu diesen Gebühren im Betrag des 2/3fachen dieser Sätze gewährt.

Wiesbaden, 14. April. Von dem französischen Militärgericht wurden wegen Verbreitung von Flugblättern, die zum Generalstreik aufforderten, der Kommunistenführer Greis und fünf Genossen zu Gefängnisstrafen bis zu sechs Wochen Dauer verurteilt. Bei Hausdurchsuchungen wurden Papiere beschlagnahmt, die die Absicht der Kommunisten bewiesen, das Wiesbadener französische Militärgerichtshaus in die Luft zu sprengen.

Göln, 14. April. Französische Besatzungstruppen, die nach der Demat entlassen werden sollten und nicht rechtzeitig abgelöst worden sind, haben in Trier gemeutet. Sie hielten rote Fahnen und legten rote Abzeichen an. An Stelle dieser Truppenteile, die entlassen haben, daß sie in ihre Heimat abtransportiert werden, sollen elfst-Ischringische Rekruten nach Trier gebracht werden.

Berlin, 14. April. Ueber die Beisehungsfreiheiten der Kaiserin wird von einer Korrespondenz berichtet, daß während der Trauerfeierlichkeiten die vier Söhne der Kaiserin, Friedrich, Walbert, August-Wilhelm und Oskar, die Ehrenwache halten. Nach Schluß der Trauerzeremonie übernehmen ehemalige Offiziere des ehemaligen Kaiserregiments Kaiserregiments Nr. 1 die Ehrenwache. An der eigentlichen Trauerfeierlichkeit werden mit Rücksicht auf den beschränkten Raum nur etwa 40 bis 50 Angehörige und Gäste teilnehmen können. Während der Zeremonie wird über dem Sarg die gelbe Kaiserinstandarde wehen, die zu der Beisehung von ehemaligen Marine-Offizieren überhandt worden ist. Der Sarg wird einstmals in dem Saal des Antiken Tempels verbleiben. Ein Teil dieses Tempels soll in eine ebenerdige Gruft umgewandelt werden, und zwar so, daß auch der Kaiser dergestalt dort seine Ruhestätte finden kann.

Veitshausen, 13. April. Die Interalliierte Kommission in Appeln hat auf das Protestschreiben des Verbandes der ober-sächsischen Redakteure wegen der Verurteilung von vier ober-sächsischen Redakteuren geantwortet, daß das Urteil von einem Sachgänger herrühre, das als entscheidend unbeanstandet anzusehen sei als die protestierenden Pressevertreter und dementsprechend auch mehr Glauben verdiene. Wegen des Urteils des sächsischen Obergerichtshofs sei eine Revision nicht zulässig.

Die allgemeine Finanznot.

Der sächsische Finanzminister Doldt sagte in einer Rede nach seiner Rückkehr von der Finanzkonferenz. Von der einen Milliarde, die Sachsen vom Reich erhalten soll, gehen 500 Millionen Markt an die Gemeinden ab und von den verbleibenden 500 Millionen sind noch 10 Prozent an den Ausgleichs-fonds für notleidende Gemeinden abzuziehen. Der wirkliche Betrag, der dem Staat demgemäß zur Verfügung steht, ist etwa 450 Millionen Markt, während der Staat allein zur Bezahlung der Beamtengehälter 600 Millionen Markt braucht. Auf die Frage, wie der Finanzminister sich die Deckung der fehlenden 210 Millionen Markt denkt, antwortete er: Ich habe schon vor kurzem im sächsischen Landtag mit aller Entschiedenheit darauf hingewiesen, daß eine Politik, die sogar auf gewisse Nachzahlungen auf die Beamtengehälter hinausgeht, unter keinen Umständen meine Billigung finden wird und ich habe darauf aufmerksam gemacht, daß ich unter Umständen nicht mehr in der Lage sein werde, die Beamtengehälter auszu zahlen. Ich bin fest entschlossen, wenn es die Not erfordert sollte, in Staatsaufstellungen der einzelnen sächsischen Ministerien wesentliche Einsparungen, unter Umständen bis zu 50 Prozent, als machen und es den Ministerien zu überlassen, sich so gut als möglich zu behelfen.

Die Taktik der Papierfabriken.

Der Papierpreis soll künstlich hochgehalten werden. Eine Reihe von Papierfabriken hat bei ihrer Berufsorganisation, dem Verein Deutscher Papierfabrikanten in Charlottenburg, den Antrag gestellt, zur Verhinderung des Preisrückgangs eine Verminderung der Erzeugung vorzunehmen. Es heißt in dem Antrag: Die Verhältnisse in der Papiermacherei lassen es dringend notwendig erscheinen, daß sofort Verhandlungen aufgenommen werden, die eine Verminderung der Erzeugung zum Zwecke haben; nur dann wird es möglich sein, daß die Papierherstellung über die durch die Marktlage entstandenen mangelhaften

Verhältnisse einigermaßen hinwegkommt. Die Verminderung muß aber durch die gesamte Papiererzeugung gehen.

Ausland.

Prag, 13. April. In dem Prozeß gegen die Madnoer Kommunisten wurde heute das Urteil gefällt. 8 Angeklagte wurden zu schwerem Kerker in der Dauer von 6 bis 18 Monaten verurteilt. Die übrigen Angeklagten wurden freigesprochen. Den Beurteilten wird die Untersuchungshaft angeordnet.

Paris, 14. April. Tropdem die Anhörung der deutschen Abordnung durch die Wiederherstellungskommission Dienstagabend ihr Ende erreichte, blieb der Führer der deutschen Abordnung noch in Paris, weil es möglich wäre, daß die Wiederherstellungskommission noch schriftliche Aufklärung von ihm wünschen könnte. Heute wird der Wiederherstellungsausschuss sich mit der Festlegung der Endsumme der Entschädigung beschäftigen. Er wird sich außerdem mit der wichtigsten Frage zu beschäftigen haben, wenn die einzelnen Staaten in den Krieg getreten sind, da erst von diesen Zeiten ab die Entschädigung zu zahlen ist.

London, 14. April. Die kanadischen Bergleute erklärten, daß sie sofort in den Ausstand treten würden, falls kanadische Kohlen während des Bergarbeiterstreiks nach England geschifft würden.

Warum die Soldaten kämpfen und starben.

Die „Neue Zürcher Zeitung“ bringt in ihrer Morgennummer vom 14. März folgendes Interat halbseitig in markt-schreierischer Aufmachung: „Schlachtfelder-Rundfahrten im Auto! Veranstalter durch die „Basler Nachrichten“. Keine Gruppenreisen! — Jeder Teilnehmer reist (außer im Automobil) für sich allein. Die Rundfahrt entspricht genau den in der „N. Z. Zeitung“ erschienenen Schlachtfelder-Schilderungen Weg-Verdun-Weg.“ Folgt ein längerer Auszug aus dieser Schilderung, worin dem Leser die Reize des Grauens dieser Landstraße, in der jeder Quadratkilometer von Granaten durchwühlt wurde und wo auf ein paar Quadratkilometern 1 Million, ja vielleicht 1 1/2 Millionen Menschen verbluteten, muntergedacht und die Ueberlegenheit dieser Fahrt über jede andere Schlachtfelderbesichtigung klar gemacht wird. Weiter: „Unvergessliche Eindrücke: Sie haben sich um keine Bahormalitäten zu kümmern. Anmeldungen bei uns und Ausfüllung eines Fragebogens genügt. Nur für Schweizer Nicht-Schweizer können unsere Karte ebenfalls benützen, müssen sich aber Paß und französisches Visum selbst verschaffen. Da die Wagen gedeckt werden können, werden die Fahrten bei jeder Witterung ausgeführt. 600 Kilometer Bahnfahrt 2. Klasse. Einen ganzen Tag im bequemen Personen-Auto über die Schlachtfelder, Uebernachtungen, erstklassige Verpflegung, Wein, Kasse, Trinkgelder, Bahormalitäten und Visum, von Basel bis wieder zurück nach Basel, alles inbegriffen im Preise von 137 Franken Schweizerwährung.“ — In dieser markt-schreierischen Weise geht die Anpreisung weiter.

Die Erfolglosigkeit der Gerichtsvollzieherpolitik.

Wie gering in Frankreich die Begeisterung für die 50prozentige Zollabgabe ist, haben bereits die Vorgänge im Kammerausstich zur Genüge erkennen lassen. Im „Journal“ macht der Abgeordnete Dutrey nochmals die schmerzlichen Bedenken gegen diese Maßregel geltend, die sich in erster Linie gegen diejenigen französischen Wirtschaftskreise wendet, die mit Deutschland in Verbindung stehen. Infolge des letzten französischen Wechselkurses steht es den französischen Kaufleuten im Gegensatz zu den englischen nicht frei, die deutschen Handelsbeziehungen durch Ankäufung mit einem anderen Lande zu erziehen. Vor allem müsse jedoch die französische Regierung einen Druck ausüben, um die deutschen Fabrikanten zu zwingen, diejenigen französischen Aufträge, die bereits vor der Konferenz von London erteilt wären, durchzuführen, oder doch wenigstens die auf diese Aufträge bereits gezahlten Vorsumme zurückzugeben.

Ungeprüft abgelehnt.

London, 14. April. Die „Morning-Post“ berichtet aus Paris, die Wiederherstellungskommission habe zu ihrer eigenen Ueberzeugung festgestellt, daß das deutsche Angebot eine Summe darstelle, die den von der Pariser Konferenz geforderten Betrag überschreite. In Londoner Kreisen hat man jedoch schon seit längerer Zeit gewußt, daß das von Simons gemachte Angebot tatsächlich den Pariser Forderungen entspräche. Man hatte sich lediglich diese Tatsache nicht rechtzeitig gegenwärtig. Die Londoner Konferenz war schon mit der Ablehnung der deutschen Vorschläge fertig, als die deutschen Vorschläge eingereicht wurden, ohne daß die Sachverständigen der Entente in der Lage gewesen wären, sich ein tatsächliches Bild von dem Inhalt zu machen. Nachdem die Finanzleute nicht im Stande waren, die Vorschläge zu prüfen, kam man zu dem Ergebnis, daß das Angebot, trotz einer sofortigen Zahlung von nur 15 Milliarden gegen eine geforderte, befristete Zahlung von 16 Milliarden dennoch einen Betrag darstelle, der tatsächlich dem entsprach, was in Paris verlangt worden war. Im übrigen wird noch festgestellt, daß das deutsche Angebot so schwer verständlich abgefaßt war, daß sogar die deutsche Vorherrschaft in London Stundenlang Mühe hatte, aus ihm klar zu werden und seine Tragweite festzustellen.

Auch England mit Hardings' Wirtschaft zufrieden.

Zu der Kongressbotschaft Hardings' schreibt „Westminster Gazette“, Amerika selbst sei in der Daurtsache durch seinen

Nichtbeitritt dafür verantwortlich, daß der Völkerverbund zu einem „Zwangsmittel der Sieger im Kriege“ wurde, da es dem Bunde durch seinen Einfluß einen ganz anderen Charakter hätte geben können.

Matrosen- und Geizertreik in Dänemark.

Christiania, 14. April. „Sozialdemokraten“ teilt mit: Da die dem Reederverband angehörenden Reedereien eine allgemeine Lohnherabsetzung ins Werk gesetzt haben, hat der Matrosen- und Geizertverband beschlossen, daß alle Mannschaften von Bord zu gehen haben. Darauf haben die Mannschaften der zur Abfahrt bereitliegenden Schiffe diese verlassen. Die Mannschaften der unterwegs befindlichen Schiffe werden nach ihrer Ankunft im Hafen die Schiffe verlassen. Die Küsten-schiffahrt wird von dem Streik nicht betroffen. Die herab-gesetzten Löhne liegen bis 30-40 Kronen unter den vom Schiedsgericht vorgeschlagenen Lohnsätzen.

Die amerikanische Note über Jap.

London, 14. April. In der von den Blättern veröffentlichten Note der Vereinigten Staaten vom 4. April an die Mächte mit Bezug auf die Insel Jap und die Mandate im allgemeinen heißt es: Mit Bezug auf den Status der Insel Jap, der bereits den Gegenstand eines Schriftwechsels zwischen unseren Regierungen gebildet hat, habe ich die Ehre, gemäß telegraphischen Instruktionen von Seiten meiner Regierung Ew. Lordsch. in folgender Weise zu unterrichten. Mit Bezug auf das Japan übertragene Mandat über den nördlich des Äquators liegenden deutschen Besitz im Stillen Ozean, das besagt, es sei in seinen Bedingungen vom Völkerverbund bestätigt und festgelegt worden, hält es meine Regierung für angemessen, die fundamentalen Grundlagen ihrer Vorstellung und die Grundsätze, die ihrer Ansicht nach bestimmend sind, darzulegen. Es wird nicht bestritten werden, daß das Recht, über die überseeischen Besitzungen Deutschlands zu verfügen, erworben wurde nur durch den Sieg der a. und a. Mächte. Und wahrscheinlich wird keine Regierung auf Seiten der britischen Regierung vorhanden sein, die Teilnahme der Vereinigten Staaten an diesem Siege in Abrede zu stellen.

Amerikanischer Protest gegen die französische Propaganda.

New York, 13. April. Der Abgeordnete Britten von Illinois erhob beim Kongress Protest gegen die Unterstützung der französischen Propaganda durch General Pershing und die Führer der „American Legion“. Britten stellt fest, daß nach den neuesten Nachrichten an das Staatsdepartement noch immer 16.384 Marokkaner, Algerier und Madagassier im besetzten Gebiete seien. Sobald Frankreich dies ableugne, gehe es zu, daß es sich durch das Eingeständnis der Wahrheit die Verdammung der zivilisierten Welt zuziehen würde.

Paris, 13. April. Briand empfing heute Vormittag Marshall Hoch und General Weyand. Dem Vorkriegsminister wohnte gleichfalls Marshall Hoch bei. Der Rat nahm Kenntnis von dem Bericht des militärischen Verbandsausschusses in Versailles über die Wiederaufnahme der Erzeugung von nicht-militärischem Luftschiffmaterial in Deutschland und davon, daß die deutschen Festungen im besetzten Gebiet den militärischen Anforderungen nicht mehr entsprechen.

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

Neuenbürg, 14. April. Ab 16. April verkehren die nachstehenden Wotenvorposten werktäglich nur noch einmal zu folgenden Zeiten:

Unterniebsbach-Gräfenhausen-Neuenbürg.

Sonntags Unterniebsbach ab 6.50, Gräfenhausen ab 7.40, Gräfenhausen ab 8.10, Neuenbürg an 9.15; Neuenbürg ab 9.30, Gräfenhausen ab 10.40, Unterniebsbach ab 11.10, Unterniebsbach an 12.10.

Werktags. Unterniebsbach ab 8.00, Gräfenhausen ab 9.10, Gräfenhausen ab 9.45, Neuenbürg an 11.15; Neuenbürg ab 1.15, Gräfenhausen ab 2.25, Unterniebsbach an 3.30, Unterniebsbach an 5.15.

Grumbach-Engelsbrand-Neuenbürg.

Sonntags Grumbach ab 10.10, Engelsbrand ab 11.10, Neuenbürg an 12.35; Neuenbürg ab 9.30, Engelsbrand ab 11.10, Grumbach an 12.45.

Werktags. Grumbach ab 8.25, Engelsbrand ab 9.40, Neuenbürg an 11.15, Neuenbürg ab 1.15, Engelsbrand ab 3.25, Grumbach an 5.40.

Dennach-Neuenbürg.

Sonntags. Dennach ab 8.00, Rotenbach an 9.05; Rotenbach ab 9.35; Dennach an 10.35.

Werktags. Dennach ab 11.00, Neuenbürg an 1.30; Neuenbürg ab 2.30, Dennach an 5.45.

Waldrennach-Neuenbürg.

Sonntags. Waldrennach ab 8.30, Neuenbürg an 9.15; Neuenbürg ab 9.30, Waldrennach an 10.30.

Werktags. Waldrennach ab 7.15, Neuenbürg an 8.30; Neuenbürg ab 10.00, Waldrennach an 11.30.

Flinzweiler-Cornweiler.

Sonntags. Flinzweiler ab 7.55, Cornweiler an 8.30; Cornweiler ab 8.45, Flinzweiler an 9.25.

Werktags. Flinzweiler ab 4.25, Cornweiler an 5.00; Cornweiler ab 5.30, Flinzweiler an 6.10.

© Neuenbürg, 14. April. Von Frau Emil Seeger sind zum Glodenfonds 2000 Mark gestiftet worden. Zeit Oftern hat nunmehr unser Glodenfonds um 5430 Mark zugenommen.

Wanzeigenpreis
Einseitige Zeitzeile
oder deren Raum 60 f
et. Anstufung, Vertikal
durch die Geschäftsstellen
45 f extra.
Wekame-Zeile a. 1.30
bei größeren Aufträgen
entsprech. Rabatt, der
Kolle des Wahnversehens
hinreichend wird.
Schluß der Anzeigen
Annahme tagtäglich.
Fernsprecher Nr. 4.
Für telef. Anträge wird
telef. Anzeiger über
genommen.

Verloren
ging auf dem Wege von
nach Langenbrand
Osternamstag eine Rehr
pfeife (Andenken); der
Finder wird gebeten, die
gegen gute Belohnung
Ergebnis abzugeben.

Bruteier
Prämiierte Leistungszucht
Rhodoländer,
weiße Reichshühner
gebe ab.

Jungtiere
auf sofortige Bestellung.
Abolf Stidel,
Hertenalberste

Suche ca. 30 Zentner
Heu oder Oehm
zu kaufen.
Angebote mit Preisangaben
Carl Sauter,
Handelsgärtner.

Obernhausen.
2 Harte
Läufer
Schwein
sowie 1/2-jähriges
Stierle
hat zu verkaufen.
J. Wolfinger alt,
Schmied.

Damen-Hüte
Grösste Auswahl.
Billigste Preise.
Umarmen
Umarbeiten
und
Garnieren
in bekannt guter Aus-
führung bei billigster
Berechnung.
Fr. Dann
Pforzheim.
Zerrenerstr. 12.
Telephon 2244.

Wer
etwas zu kaufen sucht,
etwas zu verkaufen hat,
eine Stelle zu vergeben
etwas zu vermieten hat,
etwas zu mieten sucht
inseriert am erfolgreichsten
billigsten im
„Enztäler“

Zur Saat
empfehle
Enzerne
(ewiger Klee) gar
Rothsee feidesehen
Eparjette,
Timothy-Gras
(Fuchschwamm),
Grasjamenmischung,
Runkeljamen
(Kiechse Ideal)
sowie alle sonstigen
Feld- und Garten-Samen
in nur bester, leimfähiger
bei billigsten Preisen.
Otto Jung, Landesprodukt
Calw, Telefon 80.

Ant verstanden? Kann er nicht
nunmehr ihre Kinder der Sch
im Augenblick der Sinn nach einem
einem qualmenden Schulinsp
Der frühere Gouverneur von
Major a. Z. Theodor Leutwein, 72
Lebensjahr in Freiburg, ver
storben.

Misshandlung.
Der Berliner Friedrichstraße
er an hundert zählenden, stamm
haben? denkt man und — sch
und läßt die Leute darauf schre
ologe, Zukunftsprophet, Astrolog
Minute 10 Horoskop! Zwei auf
gen! Je 8—10 Zettel steht er wa
sche, die aussieht, als sei sie nich
nimmt, schlüßte sie schnell wieder
sche, nach einer halben Minute ka
in roter Schrift ein prächtiges
roskoff, pro Stück eine Mark!
sch Gasse, die auf den Betteln be
riebenen Worte in roter Farbe
Mark in der Stunde! Was wird
der Intelligenz an der Spreew
Dennoch, Waldrennen, sowie
werden in folgender Weise aus

überall herrschende Wohnungsma
er folgende Zahlen veranschaul
leg würden in den größeren deut
lich etwa 16 000 Wohnungen neu
noch 6363, 1918 nach 1964 un
abgelehnt.

Wohnungsnot. Vor einigen Jahren
durch die Tagespresse, daß eine
erfrau, die ohnehin schon mit
Gatten Teillinge geschildert habe
Kinder am 18. Januar, das dem
Mitt der Welt erblüht hätte. Ge
Fall hat aber inzwischen sein
Krau meldete bei dem zuständigen
vor ihrer Niederkunft vorwärts
r, um auf diese Weise einen kleinen
einzuhamstern. Als dann anch
vor sich ging, war nicht wahr
die eines einzigen gesunden Erben
ngelose Gebarmme, die von dem
erin nichts wußte, plötzlich gem
n, der den Fall äußerst interesan
Amt darauf aufmerksam machte
Klärung der Mitteilung über die
Erst als eine Anzahl Berliner
e Teillinge einsehend befragte,
daß die gute Frau Standesamt
iner Bevölkerung an der Re

Wahrheit. In Moskau erscheinen
— Wahrheit — kommunistische
Oekonomisches Leben. Die Rev
führte in Sowjetrußland zu
Nachrichten" enthalten die „Wahr
liche Arbeit“ das „Oekonomische

und Verkehr.
die Rheinische Creditbank
e analb, mitgeteilt.) Vorbereit
preis 1090—1160, Paris 450—454
t 62—62 fünf achtel, Italien 312
08. Tendenz: sehr fest.
(Schlachtviehmarkt.) Dem Dam
Vieh- und Schlachthof waren zu
halten, 568 Jungkinder, 567 Kü
und 144 Schafe. Für 1 Kalb
t: Ochsen 1. 640—700, 2. 450
2. 420—470, Jungkinder 1. 6
400—450, Rube 1. 500—600,
über 1. 730—800, 2. 650—700,
10—1080, 2. 1000—1020, 3. 850
Rart. Verkauf des Marktes: lang

Nachrichten.
In der heutigen Sitzung de
erischen Landtags wurde die Ge
e geführt. Nochmals nahm Wi
das Wort und erklärte am Schlu
die Einwohnerfrage: Die Ange
daß von einer nachwirkenden
chsregierung und bayerischer Regi
n wäre. Aus den Meinungsäu
e Fragen kann keine Erledigung
und Bayern und eine Erschüt
igkeit von Reich und Volk abg

Heute nachmittag verhaftete
erde den ersten Beigeordneten, R
und den Polizeikommissar Klein ob
Die Verhafteten wurden in
April. Die Mühlenbau-Firm
egen, A. G. hat an den braun
forderung von ca. 6 1/2 Millio
für den Schaden, der ihr durch
t und Einführung der Wohnar
keiten im Jahre 1919 erwachsen
innerzeit die Schadenersatzpflicht
Zu Beginn der letzten Kreis
Sangerhausen erklärte der Abg
th, daß die bürgerlichen Kreis
ung, der der unabhängige Land
t mehr beizuwohnen würden. D
Schlichter verließen darauf de
klärte ein kommunistisches Re

schußmitglied, daß auch seine Partei mit Kaspere
mehr zusammenarbeiten werde, bis er sich von
Verdacht der Unterschlagung gereinigt habe. Nachde
die Kommunisten den Saal verlassen hatten, blieb der
Vertrat allein zurück. Die Vorgänge sind der Regierung
meldet worden.

Berlin, 14. April. Der Auswärtige Ausschuss des Reichstags ist auf den Dienstag der nächsten Woche einberufen worden. Die Vermählungen Stegerwalds um Bildung einer preussischen Regierung sind auch gestern erfolglos geblieben. Nach den heutigen interfraktionellen Besprechungen werden die Blätter die Bildung eines Koalitionskabinetts in Preußen als gesichert und sehen nur noch in einem unpolitischen Übergangsministerium eine Lösung der Frage. — Die kommunistische Reichstags- und preussische Landtagsabgeordnete Adolf Hoffmann hat sein Landtagsmandat niedergelegt, da seine Partei keine Doppelmandate zuläßt. — Die unabhängigen haben im Reichstag eine kleine Anfrage eingebracht, in der u. a. unter Bezugnahme auf den Beschluß des Reichstags vom 13. März bezüglich der Entwaffnung der preussischen Einwohnerwehren gefragt wird: Was hat die Landesregierung getan, um den Beschluß des Reichstags auf die Entwaffnung und Auflösung der bayerischen Einwohnerwehren zur Durchführung zu bringen? — Nach einer weiteren Meldung der Deutschen Allgemeinen Zeitung hat der Militärattaché in der Auswärtigen Amt, v. Simons, heute einen längeren Urlaub angetreten.

Berlin, 14. April. Die Beschlagnahme der „Roten Fahne“ durch die Staatsanwaltschaft ist vom Gericht bestätigt worden. Es wurde die Beschlagnahme von Teilen der Rotationsmaschine als zu Recht erfolgt erklärt.

Rom, 14. April. Mussolini hat trotz dem Drängen der Nationalisten jede politische Kandidatur für die nächsten Wahlen abgelehnt.

Paris, 14. April. Die Kammer hat die Vorlage über den zehnjährigen „Strafzoll“ auf deutsche Waren in zweiter Lesung angenommen.

London, 14. April. Lloyd George teilte im Unterhaus mit, daß sein Abkommen mit Frankreich über Sanktionen gescheitert sei für den Fall, daß Deutschland bis zum Mai seine Verbindlichkeiten nicht erfüllen sollte. — Im russischen Streit machen die gemäßigten Elemente der Arbeiterschaft noch einen fast ausichtslosen Vermittlungsversuch, es können deutscher Spielwaren sind gestern von Hamburg Schwanzweg eingetroffen. — Der „Morningpost“ wird aus Moskau gemeldet, daß ein Sib-Regiment in Amurstar meuterte. Die Rebellion kostete 18 Personen das Leben. Das Regiment wurde aufgelöst.

Wien, 14. April. Es ist hier das Gerücht verbreitet, daß die griechische Flotte zu einem neuen strategischen Rüdang bereit sei. — Eine private Athener Meldung berichtet von einem bedeutenden Abwechserfolg der Griechen bei Amurstar. 4000 Gefangene sollen gemacht worden sein.

Washington, 15. April. Der Text der französischen Note über die Vap-Prage ist gestern hier veröffentlicht worden. Die Bedenken Frankreichs wird als gleichbedeutend mit einer Annahme des von der amerikanischen Regierung aufgestellten Vorschlags betrachtet, daß die Vereinigten Staaten keineswegs ihre Rechte an den früheren deutschen überseeischen Besitzungen aufgeben haben. — Die Washingtoner Regierung hält für gut, daß jetzt schon ein deutscher Diplomat nach Washington komme, um die deutschen Interessen zu vertreten. In ähnlichen Kreisen wird behauptet, daß die deutsche Regierung den Posten des Grafen Montgelas aussersehen habe.

Württembergischer Landtag.
Stuttgart, 14. April. Die heutige Sitzung des Landtags im Zeichen der Generaldebatte zum Etat für das Jahr 1921, mit der eine große politische Aussprache verbunden sein wird. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurden vier Strafvoten der Staatsanwaltschaften Stuttgart und Ulm gegen Abg. Müller (Komm.) verlesen wegen Aufstreuung zum Aufruhr, Aufforderung zum Aufruhr, Begehung einer öffentlichen Handlung und Verleumdung des Reichspräsidenten. Die Angelegenheit wurde dem Geschäftsdirektor übergeben. Dann wurden noch drei kleine Anfragen vom Ministerialrat beantwortet. Staatsrat Kautz bezuglich des Verkehrs mit Schrotmühlen auf Anfrade (WB.), daß auf die einschränkenden Bestimmungen Interesse der Brotversorgung nicht verzichtet werden könne, aber Landwirte, die ihre Anlieferungsverpflichtung erfüllen haben, Schrotmühlen zur Verstellung von Futtermittel frei erhalten sollen. Finanzminister Beschlag beantwortete die Frage Wider (WB.) über den Schlachtenverlust an die Zuckerrübenzuckerfabrik, daß eine Entscheidung der Eisenbahnverwaltung noch nicht erfolgt sei und von Schädigungen eines Kriegszweigs nicht die Rede sein könne. Auf die Anfrage (Sez.) betr. Organisation einer Landesstelle zur Bekämpfung des Alkoholismus erklärte Minister Graf, daß er eine die sachlichen Aufgaben mehr berücksichtigende Organisation vorschlagen müsse. Dann trat man in die Generaldebatte zum Staatshaushaltplan für 1921 ein, mit der die Handlung der Großen Anfrage der Kommunisten über die Beschlagnahme ihres Parteiorgans verbunden war. Die Rechte (Komm.) mit einer 1 1/2 stündigen Rede des Abg. Basille (WB.) Generaldebatte. Er gedachte zunächst des Todes der deutschen Nation und widmete ihr dankbare Worte. Weiter schilderte die Stellung seiner Fraktion zum neuen Etat. Die sich der Haltung zu dem kürzlich verabschiedeten Staatshaushalt bedankt. Dann behandelte er die politische Lage und die Stellung der Partei zur Weltpolitik und schloß die Frage in der Zukunft, ob bei dem fürchterlichen Ernst der Zeit nicht die Partei für die Parteien gefunden werden könne, die den Frieden erhalten wollen. Die Rechte verlange aktive Politik, eine Politik der Mitte und des H. wahrens, die vor und nach dem Krieg verlag habe. Aktive Politik bestche in der Aufhebung der Schuldfrage am Weltkrieg, in der Erwerbung des deutschen Willens und im Kampf für die großen Ideen der Menschheit, welche sind: soziale Demokratie, Selbstbestimmungsrecht der Völker und Völkerbund. Der Parlamentarismus Deutschlands sei die Übertragung leerer Formen aus England. Die Partei der Arbeiter, die in kommender Zeit fürchtbar sichtbar werde, führe zu der Erklärung seiner Partei, daß sie bereit zur Bildung einer nationalen Einheitsfront, zum Zusammenbruch aller staatsrechtlichen Elemente mitzuwirken. Die Partei, die in ihrer vorsichtigen und aller Schärfe einflussreichen Tätigkeit auf das Haus wirkte, wurde mit feltener Auf

merksamkeit angehört und zum Schluß mit Beifall rechts und in der Mitte aufgenommen. Abg. Hegler (USP.) sah das Grundübel der Gegenwart in dem kapitalistischen Wirtschaftssystem, an dessen Untergang seine Partei arbeite. Die Politik der Rechten sei Katastrophenpolitik. Eingehend behandelte er die Schuldfrage am Krieg und forderte Entwaffnung der Einwohnerwehren, erklärte den Minister des Innern Graf unter der Deckerheit des Hauses als im Dienst der kommunistischen Propaganda stehend, indem er auf die Entsendung von Truppen nach Mitteldeutschland anspielte, und auf die Verhaftung kommunistischer Führer. Die unschuldigen Arbeiter müßten aus den Gefängnissen entlassen werden. Wenn eine sozialistische Partei vorhanden wäre, so wäre es nach Hegler zu einer Verhandlung mit Frankreich gekommen. Dann sollte der Kommunist Müller zu Wort kommen. Er stellte Verfassungsantrag, der Annahme fand. — Schluß 1/8 Uhr. — Nächste Sitzung: Freitag 9 Uhr: Fortsetzung der Generaldebatte.

Um die Verlesung des Aufrufes.
Die Gerüchte über eine Kabinettskrise im Reich scheinen trotz aller Dementis zu stimmen. Auf der einen Seite scheint eine von den Rechtsparteien ausgehende Bewegung vorhanden zu sein, die den Minister Dr. Simons, noch bevor er Oelgenheit hat, ein neues Angebot an die Allierten zu richten, von seinem Posten beiseitigen will. Diese Strömungen sind offenbar noch eine gewisse Unterstützung im Auswärtigen Amt selbst. Man nennt bereits einen ausichtsreichen Kandidaten für den Posten des Außenministers, den deutschen Gesandten in Wien, Herrn von Rosenbergr.

Die mitteldeutschen Unruhen im preuss. Landtag.
Berlin, 14. April. Graf (M.) fragte an, weshalb die Regierung nicht beiseitigen etwas gegen den mitteldeutschen Aufruhr unternommen habe. Besonders der Oberpräsident von Sachsen, Börsing, habe seine Provinz zu einem Versuchslaboratorium für Kommunismus gemacht. Minister Seegering's Verhalten und seine Verteidigungsbrede wegen Nichtverwendung der Reichswehr habe dem Haß den Boden eingeschlagen. — Die Kommunisten beantragten ein Misstrauensvotum für das Staatsministerium wegen seiner Vollzucht. Ihre Partei lehne jede Verantwortung für die Attentate in Mitteldeutschland ab. — Die Sozialdemokraten beantragten Beschränkung der Sondergerichte und zollten der Schutzpolizei Anerkennung. Der sozialdemokratische Redner sprach den Kommunisten das Recht ab, im Namen des Proletariats zu sprechen. Die Kommunisten hätten nur dem Verbrechergesindel die Möglichkeit gegeben, sich anzuleben. Die Mehrheitssozialisten seien keine Freunde von Sondergerichten, aber gemeine Verbrecher müßten schnell ihrer Strafe zugeführt werden. — Der Redner der Unabhängigen begründete die Anfrage seiner Partei betreffend die Sondergerichte und verlangte Aufhebung des Schieferlades. Er protestierte gegen den sinnlosen Zwang der Kommunisten, den diese auf die Arbeiterschaft ausübten. Die Vorgänge in Mitteldeutschland hätten die Arbeiterschaft gründlich aufgeklärt. Redner erklärte alle Maßnahmen der kommunistischen Partei für verfehlt und gerichtet, das soziale Empfinden der Arbeiterschaft zu schädigen. Zum Schluß der Sitzung teilte der Präsident mit, daß der Misstrauensantrag der Kommunisten die erforderliche Unterstützung nicht gefunden habe und deshalb abgelehnt werden müsse.

Neun Milliarden Aufrufschaden in der Provinz Sachsen.
Halle, 15. April. Nach den Feststellungen im Oberpräsidium der Provinz Sachsen betragen die Schäden an Gebäuden, Material und Vorrat während des Aufruhrs in der Provinz Sachsen über neun Milliarden Mark.

Ein Miesewaldbrand.
Hindenburg, 14. April. Seit Mittag wütet in den nördlich Donnerwärdchen und den südlichen Forsten zwischen Hindenburg und Malochan ein großer Waldbrand, der bei dem herrschenden Südwestwind einen solchen Umfang annahm, daß große unübersehbare Waldbedände dem Brand zum Opfer gefallen sind. Sämtliche Orts-, Wert- und Grubenfeuerwehren des Kreises Hindenburg, sowie die französische Besatzung aus Hindenburg befinden sich an der Brandstelle, um ein weiteres Umsichgreifen des Brandes zu verhindern. In der Hauptsache ist die Tätigkeit der Feuerwehre auf die Erhaltung der in unmittelbarer Nähe der Brandstelle befindlichen Grube des Teufelschächtes und der Grubengrube beschränkt, da bei dem fürchterlichen Qualm dem Feuer zur Zeit nicht beizukommen ist. Die verlaunet, sollen infolge des Qualms mehrere Feuerwehrlente und zwei Kinder erstickt sein. Der Schaden beziffert sich schon jetzt auf mehrere Millionen Mark.

Die Entente gegen die österreichische Anschlussbewegung.
Wien, 14. April. Der französische Gesandte Lefebvre-Pantalas gab heute beim Bundeskanzler Dr. Murr im Auftrag seiner Regierung folgende Erklärung ab: Falls die österreichische Regierung nicht imstande sein sollte, die gegenwärtig auf den Anschluss an das Deutsche Reich hinzielenden Umtriebe wirkungslos zu machen, so würde die französische Regierung die Hilfsaktion für Oesterreich einstellen und die Reparationskommission würde in ihrer Besetzung vollständig wieder hergestellt werden. Die Vertreter der englischen und der italienischen Regierung schlossen sich dieser Erklärung des französischen Vertreters mit dem Bemerkten an, daß ein Zurücktreten Frankreichs von der Hilfsaktion für Oesterreich das Ende dieser Aktion und das Fallenslassen aller hierauf bezüglichen Projekte selbst bedeutet.

Um die Befreiung des Ruhrgebietes.
Paris, 15. April. „Echo de Paris“ hatte gestern Vormittag gemeldet, im Falle der Befreiung des Ruhrgebietes sei die Einberufung von zwei Jahresklassen vorgesehen. „Liberte“ dagegen erklärte, daß noch keine Entscheidung über diesen Gegenstand getroffen sei. Die französische Regierung verhandele mit den Allierten und mit den militärischen Sachverständigen. Jede Entscheidung hänge von den Ereignissen ab, die vor oder nach dem 1. Mai eintreten könnten. Das Kommunistenblatt „L'Internationale“ teilt jedoch mit, es wisse aus bester Quelle, daß die angekündigte Mobilisierung nicht nur vorbereitet werde, sondern zum Teil in Ausführung sei. Allen Offizieren der zwei von der Mobilisierung betroffenen Jahresklassen sei die Aufforderung zugegangen, sich für den ersten Ruf bereitzustellen. Eine Mittagszeitung berichtete, Ministerpräsident Briand werde heute vor dem Kammerauschuss für auswärtige Angelegenheiten erscheinen, um Anstalten über die Maßnahmen zu geben, die er zu ergreifen gedente, um Deutschland zu zwingen, seine Schuld zu bezahlen.

„Zu spät für neue Vorschläge.“
Die Militäristen in Frankreich fürchten nichts mehr, als daß Deutschland durch Vorschläge, die man nicht wohl ablehnen könnte, ihnen den Einmarsch unmöglich macht. Daher die Erklärung, „es sei zu spät für neue Vorschläge.“ Die überwiegende Mehrheit der Deutschen meint dagegen, es sei zu früh für neue Angebote. Der ehemalige Kriegsminister Lefebvre — einer der chauvinistischsten Chauvinisten — erklärt im „Journal“, daß es für neue Vorschläge Deutschlands jetzt zu spät sei. Es könnten die deutschen Bevandepolitiker keine neue Frist mehr gewinnen. Deutschland habe „die Welt“ von seinem schlechten Willen überzeugt. Das Erschaffen von Pfändern vermindere die Diskussion nicht. Frankreich könne ebensogut mit vollen Händen wie mit leeren Händen diskutieren.

Neue Schritte zur Herbeiführung der Weltrevolution.
Lenin hat durch Vermittlung skandinavischer Banken über 100 Millionen Franken nach Holland geschickt. Die Summe soll dazu bestimmt sein, hauptsächlich am 1. Mai Demonstrationen von außergewöhnlicher Schwere in den verschiedenen westeuropäischen Ländern herbeizuführen, womöglich Meutereien unter den Soldaten zu provozieren, ferner die revolutionären Bestrebungen zu unterstützen.

Die Friedenserklärung des Senators Knox.
Paris, 14. April. „Chicago Tribune“ stellt in einem Kabel-Telegramm aus Washington fest, daß der bekannte Abschnitt 5 der Resolution Knox, in dem seinerseits der Senator eine Erklärung vorklägt, daß Amerika bei einer neuen Bedrohung des Weltfriedens genau so handeln würde, wie im letzten Krieg auf Ersuchen des Präsidenten Harding der Resolution nicht mehr angehängt wurde. — Stephan Lausanne meldet dem „Matin“ aus New York, die Resolution Knox werde folgendermaßen behandelt werden: Der Senat werde die Resolution annehmen, vielleicht motivieren oder mit Amendement versehen. Der Regierung falle dann die Aufgabe zu, den Friedensvertrag mit Deutschland zu regeln und darüber zu verhandeln. Man werde sich bemühen, Teile des Versailler Vertrags anrecht zu erhalten, aber die Befestigen, denen man nicht zustimmen könne.

Calmbach, den 14. April 1921.
Statt Karten.
Dankagung.
Für die innigen Beweise herzlicher Teilnahme an dem Verluste unseres lieben Vaters
Wilhelm Rentschler sen.,
Schuhmachermeister,
sagen wir allen herzlichsten Dank.
Die trauernden Hinterbliebenen.

3 tüchtige Knechte
zum Stammholzfahren sucht bei freier Unterkunft und Kostigung zum Wochenlohn von 250 M bei dauernder Stellung. Es sind bei mir schon Schwarzwälder tätig.
C. Pfleger, Sägewerk, Sulzbach Saar.

Pflastersteine
(varies rotes Pflaster Material)
sowie alle anderen Steinbruchzeugnisse liefert jedes Quantum
Adolf Oberst, Steinbruchbetrieb, Ittersbach.

Kücken
habe ich laufend zu verkaufen. Preis 1. Tag 10 M jeder weitere Tag 30 M mehr.
Wilh Dürler, anstalt, Pforzheim,
Vohraustra. 8, Eingang Kaiserfriedrichstraße 99.

feuerio
Doppelfettseife
80% Fett
daher größte Ausgiebigkeit, das Beste für die Wäsche.
VEREINIGTE SEIFENFABRIKEN STUTTGART
Zu haben in allen einschlägigen Geschäften

Kammerjäger Brinkmann
Haaltlich konzessionierter Kammerjäger und Desinfektor kommt in den nächsten Tagen nach Neuenbürg um Motten und Mäuse wirklich radikal unter ein Jahr schriftlicher Garantie zu vertilgen durch Auslegen von Cholera-Kulturen, welche für Menschen und Haustiere unschädlich, aber unter Roachieren ein aufstehende Krankheit hervorruft.
Schwaben, Wanzen, Rissen u. Feldmäuse werden ebenfalls unter 1 Jahr schriftl. Garantie radikal vernichtet. Bestellungen sende man sofort unter „Kammerjäger Brinkmann“ an die Engländergeschäftsstelle.

